

**Niederschrift**  
**über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum**  
**am 06.10.2016**

**Tagungsort:** Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld,  
Löschabteilung Gadderbaum/Bethel, Quellenhofweg 36

**Beginn:** 17:00 Uhr

**Sitzungspause** 18:10 – 18:20 Uhr

:

**Ende:** 20:00 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitz

Frau Pfaff Bezirksbürgermeisterin

CDU

Herr Kögler stellv. Bezirksbürgermeister

Frau Maler

Herr Weigert Fraktionsvorsitzender anwesend ab 17:23 Uhr, TOP 6

SPD

Frau Gerdes

Herr Heimbeck Fraktionsvorsitzender

Frau Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Althoff

Herr Brunnert Fraktionsvorsitzender

Frau Metten-Raterink

Frau Osei

BfB

Herr Witte

FDP

Herr Spilker

**Entschuldigt fehlt:**

Elke Herting (Bündnis 90/Die Grünen)

**Nicht anwesend:**

Frau Thiel-Youssef (DIE LINKE)

**Externe Gäste/Von der Verwaltung:**

Frau Manschmidt, v.B.S. Bethel

Frau Dr. Will-Armstrong, v.B.S. Bethel

Frau Dietz, Amt für Verkehr

Herr Hovermann, Amt für Verkehr

Herr Müller, Amt für Schule

Frau Trüggelmann, Bezirksamt Brackwede  
Frau Imkamp, Bezirksamt Brackwede, Schriftführerin

## **Öffentliche Sitzung:**

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Frau Bezirksbürgermeisterin Pfaff begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur heutigen 20. Sitzung form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

### **Änderung der Tagesordnung**

Da in der letzten Woche noch eine Anfrage von DIE LINKE fristgerecht eingegangen sei, müsse die Tagesordnung um diesen Punkt unter 4.1 entsprechend erweitert werden. Zudem sei Herr Knapp als Berichterstatter für den Punkt 7 zu den Gadderbaumer Ferienspielen kurzfristig verhindert, weshalb der TOP abgesetzt werden müsse. Außerdem seien die Berichterstatterinnen zu TOP 8 „Sekundarschule“ bis ca. 18.15 Uhr anderweitig terminlich gebunden, weshalb der Punkt ggf. geschoben werden müsse.

Auf Vorschlag von Frau Pfaff ergeht somit folgender

### **Beschluss:**

- 1. Die heutige Tagesordnung wird um den Punkt 4.1 „Abriss von Wohnungen“ erweitert.**
- 2. Der Tagesordnungspunkt 7 „Ferienspiele 2016“ wird abgesetzt und in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung genommen.**
- 3. Der Punkt 8 „Beabsichtigte Schließung der Sekundarschule Bethel“ wird behandelt, wenn die Berichterstatter anwesend sind.**

-einstimmig beschlossen-

Darüber hinaus gibt es keine Anregungen/Änderungswünsche zur Tagesordnung.

---

**Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum**

**Zu Punkt 1.1 Schulwegsicherheit im Bereich Ellerbrocks Hof/ Deckertstraße/ Kükenshove**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer:

Frage vom 01.09.2016:

*Wie kann die Schulwegsicherheit im Bereich Ellerbrocks*

*Hof/Deckertstraße/Kükenshove verbessert werden?*

Frau Trüggelmann teilt für das Amt für Verkehr als Zwischenstand mit, dass die Problematik hinreichend bekannt sei. Es werde zeitnah einen Runden Tisch mit allen Betheler Schulen, den Elternvertreterinnen und –vertretern sowie den v. B. S. Bethel, der Polizei und dem Amt für Verkehr geben, um ein umfassendes Schulwegsicherheitskonzept zu entwickeln. Dies werde dann auch in der Bezirksvertretung vorgestellt werden. Der Fragestellerin ist diese Antwort im Vorfeld bereits per Post mitgeteilt worden.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

-.-.-

## **Zu Punkt 1.2 Fragestunde**

Fred Müller, Saronweg 41:

*Kann im Bereich der Handwerkerstraße ein provisorischer oder auch dauerhafter Fußgängerüberweg eingerichtet werden?*

Zur Begründung führt Herr Müller an, dass der Schulweg in dem genannten Bereich verlaufe (s. *Anlage 1 zur Niederschrift*) und es dort auf Grund der derzeitigen Baustelle für die Kinder problematisch wäre, die Handwerkerstraße zu queren. Er regt an, auch grundsätzlich über die Einrichtung eines dauerhaften Fußgängerüberweges nachzudenken.

Frau Pfaff sichert Herrn Müller eine Antwort bzw. eine Überprüfung durch die Fachverwaltung zu.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

-.-.-

## **Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 19. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 01.09.2016**

**Beschluss:**

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 19. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 01.09.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 3 Mitteilungen**

**Umlauf:**

Dienstpläne für den Gadderbaumer Weihnachtsmarkt 2016

**Tischvorlage:**

Freibad Gadderbaum e.V.: Antrag auf bezirkliche Sondermittel

Frau Pfaff teilt mit:

**Tod des ehemaligen Bezirksvertretungsmitglieds Celal Görülmez**

Herr Görülmez, Mitglied der Bezirksvertretung von 1997-2003, sei am 24.08.2016 verstorben. Frau Pfaff bezeugt ihr Beileid und spricht den Angehörigen ihr Mitgefühl aus.

**Schulwegsicherheit Friedrich-List-Straße**

Die Schulkonferenz der Martinschule erachte den ausgewiesenen Schulweg an der Friedrich-List-Straße als nicht mehr sicher genug und schlägt eine alternative Führung durch die Grünanlage Alte Radrennbahn am Bolbrinker vor. Diese Idee würde auch von Herrn Schelp, Mobilitätsmanagement der Stadt Bielefeld, befürwortet.

Dazu sei allerdings ein politischer Beschluss erforderlich – hier verweist Frau Pfaff ggf. auf den Punkt 6 der heutigen Tagesordnung.

**OGS-Neubau Martinschule**

Frau Pfaff berichtet zum aktuellen Sachstand: Der ISB habe heute telefonisch mitgeteilt, dass die Grundstücksverhandlungen zwischen der Stadt Bielefeld und den v.B.S. Bethel weitergeführt würden. Ein schriftliches Angebot über den Ankauf des Grundstückes liege Bethel zwischenzeitlich vor.

Bedauerlicherweise hätte es in den letzten Tagen Äußerungen gegeben, dass Bethel die Verhandlungen abgebrochen hätte, weil sich der Leiter der Martinschule an den Aktionen gegen die Schließung der Sekundarschule beteiligt hätte. Dies sei zwischenzeitlich allerdings dementiert worden.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 4 Anfragen****Zu Punkt 4.1 Abriss von Wohnungen**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3759/2014-2020

*(Anmerkung der Schriftführerin: Die Tagesordnung ist um diesen Punkt erweitert worden; Beschlussfassung s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)*

Anfrage der Einzelvertreterin DIE LINKE:

*Wie viele Wohnungen wurden in den letzten fünf Jahren im Stadtbezirk Gadderbaum abgerissen?*

Zusatzfragen:

1. *Wie viele Wohnungen wurden im gleichen Zeitraum neu gebaut?*
2. *Für wie viele Wohnungen wurde eine vorherige Umnutzung beantragt bzw. bewilligt?*

Frau Pfaff merkt an, dass Frau Thiel-Youssef in der heutigen Sitzung nicht anwesend sei, so dass zu der Anfrage momentan keine Begründung möglich sei.

Frau Trüggemann teilt mit, dass das Bauamt die Anfrage in der Kürze der Zeit nicht habe beantworten können und bittet um Verständnis, dass eine Antwort erst in der nächsten Sitzung vorliegen werde.

**Die Bezirksvertretung nimmt die Anfrage in erster Lesung zur Kenntnis.**

## **Zu Punkt 5**

### **Anträge**

-.-.-

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

## **Zu Punkt 6**

### **Vorstellung der Planungen Artur-Ladebeck-Straße**

Frau Dietz, Amt für Verkehr, berichtet zum aktuellen Sachstand und weist eingangs darauf hin, dass konkrete Planungen zur Artur-Ladebeck-Straße bisher allerdings noch nicht vorliegen würden. Der Fokus der Überlegungen liege hier insbesondere auf dem Radverkehr, da die Radwegführung ein großes Sicherheitsproblem darstellen würde. Die Überplanung sei auch als Projekt beim Wettbewerb „Radverkehr und Klimaschutz“ angemeldet.

Herr Hovermann weist in Bezug auf die Sicherheitsproblematik vertiefend darauf hin, dass es an drei Bereichen der Artur-Ladebeck-Straße (Adenauer Platz – Haller Weg, Bethelack – Deckertstraße und Am Kalkberg – Am Lönkert) gegenläufigen Radverkehr gebe, zudem würde es an neuralgischen Punkten an Querungsmöglichkeiten fehlen.

Herr Kögler berichtet von guten Erfahrungen im Einmündungsbereich Ellerbrocks Hof (Höhe der Fa. Windsor) auf die Artur-Ladebeck-Straße, woraufhin Herr Hovermann erläutert, dass dort zukünftig auch die Errichtung einer Signalanlage geplant sei.

Herr Heimbeck merkt grundsätzlich an, dass die Artur-Ladebeck-Straße den Stadtbezirk Gadderbaum in zwei Bereiche teile.

Frau Dietz kann dies bestätigen, da die Stadtbahn durchaus eine Trennwirkung habe und die Durchlässigkeit erschwere. Andererseits entstünden durch die Stadtbahn auch Vorteile, da der Verkehr auf dieser Hauptstraße dadurch deutlich reduziert würde.

Frau Osei erinnert an den ursprünglich im Rahmen des Lärmaktionsplanes gefassten Beschluss der Bezirksvertretung Gadderbaum, die Möglichkeit der Einrichtung von Tempo 30 km/h auf der Artur-Ladebeck-Straße zu prüfen.

Frau Dietz erklärt, dass die Umsetzung dieses Beschlusses geprüft würde; weist aber direkt auch darauf hin, dass die Artur-Ladebeck-Straße

dafür ggf. zu breit sein könnte.

Im Anschluss diskutiert die Bezirksvertretung kontrovers über die Sinnhaftigkeit der Einrichtung von Tempo 30 km/h auf der Artur-Ladebeck-Straße.

Herr Brunnert merkt darüber hinaus noch an, dass auf der Friedrich-List-Straße ein erhöhtes LKW-Aufkommen zu verzeichnen sei. Da der Weg als offizieller Schulweg ausgezeichnet sei, plädiert er dafür, den Weg für die Schulkinder sicherer zu machen.

Herr Witte kann sich dem anschließen, da er die alternative Wegeführung durch die Anlage Alte Radrennbahn am Bolbrinker als zu weit erachte.

Herr Spilker kritisiert, dass im Vorfeld der Planungen bezüglich der Friedrich-List-Straße nicht deutlich genug geworden sei, dass der dortige Schulweg eventuell gefährdet sein könnte.

Herr Hovermann teilt dazu mit, dass der ursprünglich geplante LKW-Stellplatz im hinteren Bereich der Friedrich-List-Straße nicht mehr errichtet würde. Zumindest hier gebe es für die Schulkinder dann doch keine zusätzliche Querungssituation. Gequert werden müsse folglich nur noch die Zufahrt zum Oetker-Gelände. Darüber hinaus habe das Umweltamt die Pflanzung von Bäumen entlang des Fußweges vorgesehen, was den Kindern zusätzliche Sicherheit vermitteln könnte. Außerdem stünde dort derzeit noch ein Bauzaun – wenn dieser demnächst entfernt würde, würde der Bürgersteig auch wieder breiter werden.

Frau Paff befürwortet einen alternativen Schulweg durch die Grünanlage am Bolbrinker und weist darauf hin, dass dies auch von der Martinschule gewünscht werde.

Nach kontroverser Diskussion über das weitere Vorgehen einigt man sich darauf, dass man zunächst die Beendigung der Arbeiten an der Artur-Ladebeck-Straße und dem Oetker-Gelände abwarten wolle, um sich die Situation dann ggf. vor Ort anzuschauen. Unabhängig davon sollen Vertreter der Fa. Oetker sowie das Umweltamt und das Amt für Verkehr in eine der nächsten Sitzungen eingeladen werden, um die (geänderten) Planungen im Bereich der Friedrich-List-Straße vorzustellen.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

---

## **Zu Punkt 7**

### **Ferienspiele 2016 - Bericht der Stützpunktleitung**

*(Anmerkung der Schriftführerin: Der Punkt ist vertagt worden - Beschlussfassung s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)*

---

## **Zu Punkt 8**

### **Beabsichtigte Schließung der Sekundarschule Bethel**

Frau Dr. Will-Armstrong erläutert die Beweggründe des Vorstandes der v. B. S. Bethel, die zu dem Entschluss geführt hätten, die Sekundarschule im Jahr 2022 auslaufen zu lassen. Ein beauftragtes Gutachten hätte ergeben, dass insgesamt 20 Mio. Euro in den Stiftungsbereich Schulen investiert werden müssten. Der errechnete Sanierungsbedarf sei somit weit höher ausgefallen als erwartet und könnte nicht in Gänze getragen werden; es stünden lediglich 10 Mio. Euro zur Verfügung. Nach reiflicher Überlegung habe der Vorstand nun die Entscheidung getroffen, die Sekundarschule auslaufen zu lassen. Selbstverständlich seien auch andere Alternativen, beispielsweise die Schließung des Gymnasiums, eine Verkleinerung des Gymnasiums und der Sekundarschule, diskutiert worden. Diese Optionen hätten sich im Endeffekt allerdings als schulfachlich nicht optimal dargestellt.

Derzeit befinde man sich in Gesprächen mit der Elternpflegschaft und habe Termine mit der Stadt Bielefeld und der Bezirksregierung in Detmold. Sie betont, dass die Schließungsabsichten das Ergebnis eines längeren Überlegungsprozesses zur schulpolitischen Weiterentwicklung gewesen seien, und dass das Ergebnis keins sei, „das Bethel froh mache“. Sie hält allerdings auch fest, dass der Vorstand auch eine unternehmerische Gesamtverantwortung trage und dass die Entscheidung, wenn sich die Fakten nicht grundlegend ändern sollten, beibehalten werde.

Frau Manschmidt ergänzt, dass die Bedarfsermittlung für eine mögliche Sanierung mit einem nachvollziehbaren Programm erfolgt sei und die Art des Erfassens korrekt gewesen sei. Die Summen in der genannten Größenordnung seien allerdings für den gesamten Unternehmensbereich nicht mehr tragbar. Man müsse nun die weiteren Schritte planen; beispielsweise Gespräche mit den betroffenen Lehrerinnen und Lehrern führen, und auch überlegen, wie mit möglichen Neuanmeldungen umgegangen werden könne.

Herr Müller, Amt für Schule, merkt an, dass die Stadt Bielefeld durch die Nachricht der beabsichtigten Schließung der Sekundarschule eine regelrechte „Hiobsbotschaft“ erhalten habe. Zum einen verliere die Stadt damit ein attraktives Schulformangebot und zum anderen entfalle für Gadderbaumer Schülerinnen und Schüler ein wohnortnahes Angebot. Des Weiteren geht er auf die „Schülerwanderung“ näher ein: 44,7 % der Sekundarschulschüler seien vorher auf die Martinschule gegangen, 6 % kämen aus der Queller Grundschule und der Rest sei aus verschiedenen gesamtstädtischen Grundschulen gekommen. Wenn die Sekundarschule wirklich schließen sollte, würden ab 2017 dann drei Eingangsklassen in der Sekundarschule wegfallen.

Herr Brunnert plädiert für den Erhalt der Sekundarschule und äußert in Bezug auf die Ausführungen von Herrn Müller zumindest den Wunsch, dass der Vorstand der v.B.S. Bethel seinen Entschluss nochmals überdenken solle oder zumindest den gefassten Beschluss für ein Jahr aussetzen möge.

Herr Witte gibt zu bedenken, dass die Sekundarschule erst vor drei Jahren eröffnet worden sei und sehr gut angenommen werde. Er spricht sich für die Rettung –ggf. durch die Aufnahme eines Kredits- derselbigen

aus und kritisiert, dass sich die beiden Begriffe „Diakonie“ und „Unternehmen“ im Zweifelsfall widersprechen würden. Herr Witte weist auf den Imageverlust, den Bethel durch dieses Vorgehen erleiden könnte, hin. Auf keinen Fall dürften Eltern und Kinder, die sich auf die Sekundarschule verlassen hätten und verlassen würden, enttäuscht werden, da gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler das Kapital der Zukunft seien.

Frau Dr. Will-Armstrong merkt dazu an, dass das erfasste Sanierungsdefizit im Gründungsjahr der Sekundarschule 2013 nicht bekannt gewesen sei. Diese wäre unter den Umständen sonst niemals gegründet worden. Zu der von Herrn Witte angesprochenen Kreditaufnahme führt sie an, dass sich die Kosten für das Darlehen trotzdem in der Bilanz widerspiegeln würden.

Frau Metten-Raterink bezieht sich auf eine vermeintliche Aussage Bethels, dass die Kinder, die an den Demonstrationen für den Erhalt der Sekundarschule teilnehmen würden, von Eltern „instrumentalisiert“ worden seien und kritisiert, dass solche Ausführungen nicht nur zum Imageverlust sondern auch zum Vertrauensverlust führen würden. Unabhängig davon erkundigt sie sich nach dem Abstimmungsverfahren innerhalb des Verwaltungsvorstands der v.B.S. Bethel.

Hierzu erklärt Frau Dr. Will-Armstrong, dass alle Vorstandsmitglieder gemeinsam Verantwortung für alle Betheler Unternehmensbereiche übernehmen und gleichberechtigt abstimmen würden. Im vorliegenden Fall wäre einmütig von allen Mitgliedern die Schließung beschlossen worden.

Herr Heimbeck äußert sein Befremden über die vermeintliche Unkenntnis des Sanierungsstaus und spricht von einem „fahrlässigem Agieren“; in seinen Augen hätte es ersichtlich sein müssen, dass bereits im Vorfeld der Gründung hätte saniert werden müssen. Er erachte es als merkwürdig, dass im Bereich der Daseinsvorsorge ein sanierungsbedürftiges Gebäude als Begründung für die Schließung herhalten müsse. Fraglich sei auch, inwiefern auf die Bedürfnisse und Gefühle der betroffenen Kinder Rücksicht genommen werde.

Frau Dr. Will-Armstrong betont, dass ein fahrlässiges Handeln weder vom Vorstand der v.B.S. Bethel noch von der Geschäftsführerin des Stiftungsbereiches Schulen vorliege.

Darüber hinaus empfinde gerade sie als Pastorin Empathie für Menschen jeglichen Alters und bittet aber um Verständnis, dass sie sich auf hypothetische Fragen nach den Gefühlen von betroffenen Kindern hier nicht einlassen werde.

Herr Spilker macht darauf aufmerksam, dass die Initiative Bethels als privater Schulträger die Sekundarschule innerhalb kürzester Zeit zu einem Erfolgsmodell gemacht habe. Er erinnert auch daran, dass dort viel „Herzblut“ in die Gründung gesteckt worden sei.

Frau Pfaff hinterfragt, wie mit den Kindern von Bethel-Mitarbeitern umgegangen werde. Schließlich müssten diese auch schulisch untergebracht werden.

Frau Dr. Will-Armstrong merkt dazu an, dass der Bildungsauftrag für alle

Kinder gelte; unabhängig davon, ob diese Kinder zu Bethel-Mitarbeitern gehörten oder nicht.

Frau Schneider bedauert, dass die „wunderbare Schullandschaft Gadderbaums“ zukünftig nicht mehr alles abbilden würde und befürchtet, dass das Betheler Motto „Gemeinschaft verwirklichen“ nun nicht mehr eingehalten werde.

Im Anschluss stellt Frau Pfaff Fragen zu folgenden Themen, die Frau Dr. Will-Armstrong beantwortet:

- Liegen bereits Freistellungsanträge von betroffenen Lehrern vor?  
Derzeit hätten fünf von 22 Lehrern entsprechende Anträge gestellt.
- Gibt es Zwischenergebnisse der Gespräche mit Bezirks- oder Landesregierung über mögliche Zuschüsse oder alternative Finanzierungen?  
Derzeit könne man nur festhalten, dass Ersatzschulträger keine Mittel aus dem Projekt „Gute Schule 2020“ für Sanierungen bekommen würden.
- Möglichkeit eines Runden Tisches mit Elternvertretung, Politik, Verwaltung und Bezirksregierung?  
Das sei kein geeignetes Format – entsprechende Gespräche würden trotzdem bereits mit allen Beteiligten geführt.

An Herrn Müller richtet Frau Pfaff folgende Fragen:

- Liegt seitens der Stadt Bielefeld ein „Kreditangebot“ an die v.B.S. Bethel vor?  
Darüber habe er keine Kenntnis.
- Kann im Stadtbezirk Gadderbaum eine städt. Sekundarschule errichtet werden?  
Dafür gebe es derzeit keinen politischen Auftrag; vielmehr befinde sich die Errichtung einer städtischen Sekundarschule am Brodhagen in Prüfung.

Auf Vorschlag von Herrn Brunnert ergeht anschließend folgender

### **Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet den Vorstand der v.B.S. Bethel, alle Möglichkeiten zum Erhalt der Sekundarschule (noch einmal) zu prüfen und den Beschluss zum Auslaufen der Sekundarschule für ein Jahr auszusetzen.**

- einstimmig beschlossen -

Frau Dr. Will-Armstrong bedankt sich abschließend für das gute Gespräch und für eine Diskussion auf Augenhöhe.

**Zu Punkt 9      Breitbandausbau in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3521/2014-2020

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 10      8. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 05.08.2004**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3525/2014-2020

Frau Pfaff verweist auf die Vorlage. Insbesondere die Einarbeitung des Punktes „Bestellung der Bezirksmanagerin/des Bezirksmanagers (§ 7 Abs. 4 lit. c)“ sei für die Bezirksvertretung von Bedeutung, da diese vor einer personellen Veränderung auf der genannten Stelle zuvor gehört werden solle.

Anschließend ergeht folgender

**Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt dem Rat die 8. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 05.08.2004 laut Anlage 1 zur Vorlage zu beschließen.**

- einstimmig beschlossen –

-.-.-

**Zu Punkt 11      Wirtschaftsplan 2017 des Immobilienservicebetriebes;  
bezirksbezogene Baumaßnahmen im Stadtbezirk Gadderbaum**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3672/2014-2020

Frau Pfaff verweist auf die Vorlage.

Herr Witte merkt dazu an, dass die Maßnahme „OGS-Neubau“ an der Martinschule von den weiteren Verhandlungen mit den v. B. S. Bethel abhängt. Wenn hier kein Konsens erzielt werden könne, sei die Maßnahme obsolet.

Sodann ergeht folgender

**Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt die vom Immobilienservicebetrieb geplanten Baumaßnahmen gemäß Anlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Betriebsausschuss ISB / dem Rat der Stadt Bielefeld, diese im Wirtschaftsplan 2017 zu veranschlagen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 12 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 12.1 Verkehrsverstöße am Martiniweg/Artur-Ladebeck-Straße**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachenummer:

Beschluss vom 09.06.2016:

*Das Amt für Verkehr wird aufgefordert, Konzepte zu entwickeln, die zur Verhinderung von Verkehrsverstößen bei der Einmündung vom Martiniweg in die Artur-Ladebeck-Straße führen.*

*Des Weiteren wird die Verwaltung um Auskunft gebeten, wie oft und mit welchen Ergebnissen an dieser Stelle kontrolliert wird.*

Frau Trüggemann verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Stellungnahme des Amtes für Verkehr:

In den Jahren 2002-2005 sowie in 2010-2011 seien an der Kreuzung Martiniweg/ Artur-Ladebeck-Straße einige Unfälle mit leichtverletzten und auch schwerverletzten Personen passiert. Die aus dem Martiniweg nach rechts abbiegenden Kraftfahrzeugen seien mit von rechts kommenden Radfahrern zusammengestoßen. Die Kreuzung habe im Jahr 2012 erneut als Unfallhäufungsstelle in der Unfallkommission beraten werden müssen. Es sei beschlossen worden, die Beschilderung „Verbot der Einfahrt“ und „Radfahrer frei“ am Martiniweg in Fahrtrichtung Artur-Ladebeck-Straße sowie ein Linksausfahrgebot vom Parkplatz der Gastronomie einzurichten. Die Verkehrszeichen seien am 18.12.2012 aufgestellt worden.

Seit Einrichtung dieser Beschilderung habe es keine weiteren Unfälle mit Radfahrern in diesem Kreuzungsbereich gegeben.

Für die Artur-Ladebeck-Straße werde derzeit eine umfassende Planung/ Umgestaltung erarbeitet, die auch die Fahrbeziehungen von Radfahrern berücksichtigen werde. In diesem Rahmen würde auch die Abbiegesituation an der Kreuzung Martiniweg überprüft und gegebenenfalls optimiert werden.

Grundsätzlich sei die Polizei zuständig, den fließenden Verkehr zu überwachen und damit auch einen eventuellen Abbiegeverkehr aus dem Martiniweg.

Gemäß aktueller Stellungnahme der Polizei seien dort zu unregelmäßigen Zeiten Kontrollen durchgeführt worden. Dabei seien vereinzelt Verkehrsverstöße festgestellt worden; eine genaue Anzahl könne jedoch nicht benannt werden. Es bestünden Schwierigkeiten, die verbotswidrig abgebogenen Kraftfahrzeuge anschließend im fließenden Verkehr anzuhalten. Es seien daher vermehrt Präventionsmaßnahmen durchgeführt worden - wie zum Beispiel die Präsenz von Fußstreifen und abgestellte Funkstreifenwagen. Zusätzlich hätten Überwachungsmaßnahmen von Motorrad-Polizisten stattgefunden.

Frau Schneider kritisiert die Antwort der Verwaltung, da es sich im ersten Teil der Stellungnahme lediglich um eine (bereits bekannte) Darstellung des Sachverhalts handele und im zweiten Teil ausschließlich gesagt werde, dass die Polizei zwar tätig werde, aber nicht im vollen Ausmaße handeln könne.

Herr Brunnert äußert ebenfalls sein Unverständnis darüber, dass die sich verkehrswidrig verhaltenden Autofahrer vermeintlich nicht angehalten werden könnten.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

-.-.-